

Bildung und Protest – Protestfreie Bildung?

Proteste im Bildungsbereich: Die letzten Jahre

Die Angelobung der ÖVP/FPÖ Regierung im Jahr 2000 war eine zweifache Zäsur: Einerseits kam mit der FPÖ eine Partei an die Macht, aus deren Reihen immer wieder rechtsextreme und neonazistische Aussagen zu vernehmen waren. Andererseits war die Politik dieser Regierung durch die bis dahin weitestgehenden herrschaftlichen Zurichtungen, neoliberalen Reformen und Einsparungen geprägt, die eine zunehmende Instrumentalisierung unterschiedlichster gesellschaftlicher Bereiche durch das Kapital bzw. die Unternehmenseite ermöglichte.

Besonders betroffen von diesen Maßnahmen war und ist der Bildungsbereich. Umfangreiche Protestaktionen primär von Studierenden, die trotz des Endes der Schwarz/Blauen (Orangen) Regierung 2007 nicht abflauten, sondern aufgrund der fortgesetzten neoliberal-kapitalistischen Instrumentalisierung des Bildungswesens weitergeführt wurden, waren die Folge.

In Anbetracht andauernder Proteste wird nun in einem ersten Schritt anhand einiger (lokaler) Beispiele der Protestverlauf im Bildungsbereich während der vergangenen Jahre nachgezeichnet. Im Anschluss wird der Frage nachgegangen, inwiefern in Österreich mit weiteren Protestaktionen im (und aus dem) Bildungsbereich oder aber mit Protestfreiheit zu rechnen ist. Abschließend wird auf die Notwendigkeit eines Begriffs von Bildung eingegangen, der in die Lage versetzt, sich gesellschaftlichen Verhältnissen bewusst zu werden.

Proteste gegen die Politik von Schwarz/Blau

Als im Februar 2000 die ÖVP/FPÖ Regierung angelobt wurde, entwickelte sich unter der Beteiligung vieler Studierender eine regierungskritische, österreichweite Protestbewegung.¹ In Innsbruck wurde in diesem Zusammenhang am 4. Februar 2000 – dem Tag der Angelobung – kurzzeitig die ÖVP-Zentrale besetzt sowie vor dem Büro der FPÖ demonstriert, vier Personen wurden verhaftet. Am 11. Februar beteiligten sich etwa 3.000 Personen an einer Großdemonstration in der Tiroler Landeshauptstadt.²

Im September 2000 beschloss die Bundesregierung die (Wieder-)Einführung von Studiengebühren. Wochenlange Protestaktionen in ganz Österreich waren die Folge. Am 11. Oktober beteiligten sich alleine in Wien 50.000 Menschen an einer Demonstration gegen die Studiengebühren. Jedoch konnte die Bundesregierung

durch diese und andere Aktionen – unter anderem die regelmäßig stattfindenden Donnerstagsdemonstrationen, in deren Verlauf auch die Studiengebühren thematisiert wurden – nicht von ihrem Vorhaben abgebracht werden: Ab dem Herbst 2001 mussten ÖsterreicherInnen 363,36 Euro und Nicht-EWR³ BürgerInnen pro Semester 726,72 Euro für ihr Studium bezahlen. 45.000 Studierende brachen in Folge ihr Studium ab, für einen Großteil der Verbliebenen verlängerte sich durch die finanzielle Mehrbelastung die Studiendauer.⁴

Die ÖVP/FPÖ Regierung führte aber nicht nur Studiengebühren ein, sondern beschloss im Juli 2002 auch ein neues Universitätsgesetz: das UG 02. Es schaffte Mitbestimmungsrechte von Universitätsangehörigen weitgehend ab und schränkte die Rechte von Studierenden stark ein. Das Gesetz arbeitete auch der fortgesetzten Ökonomisierung von Bildung zu.⁵ Gegen das UG 02 organisierte sich in Innsbruck das „Protestkomitee gegen das Universitätsgesetz 2002“ und formulierte in Zusammenarbeit mit dem Präsidium der UniversitätslehrerInnenvereinigung eine Resolution, in der ein sofortigen Stopp der Umsetzung des UG 02 gefordert wurde.⁶ Am 24. April 2002 fand in ganz Österreich ein Warnstreik an den Universitäten statt. In Innsbruck gab es einen Protestmarsch über den Innrain zur Annasäule.⁷ Eine der wohl eindrücklichsten Erinnerungen an diese Protestphase ist die „Tortung“ des Rektors der Universität Wien.⁸ Trotz umfangreicher Aktionen prägt das UG 02 bis heute die österreichische Universitätslandschaft.

Als im März 2003 die damalige Ministerin Elisabeth Gehrler (ÖVP) Stundenkürzungen in Schulen ankündigte, entstand vor allem in den AHS eine von LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern getragene Protestbewegung. 1.700 Unterschriften wurden alleine in Tirol gegen die Stundenkürzungen gesammelt, die als „Geldbeschaffungsaktion zur Budgetsanierung“⁹ kritisiert wurden. Eine Übergabe der Unterschriften am 3. Juli an den damaligen Landeshauptmann Herwig van Staa verhinderte die Polizei. Bis in den Herbst wurde mit unterschiedlichsten Aktionsformen gegen die Stundenkürzungen protestiert. Am 15. Oktober organisierte eine Plattform aus StudentInnen, SchülerInnen und LehrerInnen eine Demonstration unter dem Motto „Holt zurück, was euch gehört! – Für freie Bildung und Mitbestimmung“, an der 1.500 Menschen beteiligt waren.¹⁰ Dabei wurden neben den Kürzungen in den Schulen – die nicht verhindert werden konnten – auch die Studiengebühren und das UG 02 thematisiert.¹¹

Viele weitere Protestaktionen, die sich besonders gegen die Politik von Elisabeth Gehrler richteten, folgten. In den meisten Fällen blieben sie jedoch wirkungslos.

Globalisierungskritik an der Universität

Zu Beginn des neuen Jahrtausends hatte die sich gegen globale Ungerechtigkeiten, die Macht von Konzernen und die Ökonomisierung vieler Lebensbereiche engagierende, globalisierungskritische Bewegung ihren Höhenpunkt.¹² Kritikpunkte dieser Bewegung wurden von der seit 2001 rot-grünen Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH) und im Zuge der Proteste gegen das UG 02 übernommen. Dahingehend wurde angeführt, dass das UG 02 derselben Logik entspreche

wie das von den GlobalisierungskritikerInnen beanstandete GATS-Abkommen der WTO¹³: So sei es das Ziel des UG 02, „ein Investitionsfeld für weltweit operierende Konzerne der Bildungsindustrie vorzubereiten und bereitzustellen“.¹⁴

Konkrete globalisierungs- bzw. kapitalismuskritische Aktionen richteten sich gegen den Einfluss des Nestlé Konzerns auf die wissenschaftliche Forschung. So kam es am 12. Mai 2003 zu Protesten gegen die Überreichung eines von Nestlé finanzierten Wissenschaftspreis an der Universität Innsbruck und am 29. März 2004 störte eine Gruppe Studierender ein von Nestlé organisiertes Seminar an der SoWi, das deshalb in ein benachbartes Hotel verlegt werden musste. Dabei wurde kritisiert, dass die Uni zunehmend den Interessen multinationaler Konzerne dienen würde.¹⁵ Unter den Rufen „Für die Macht der Reichen geht ihr über Leichen“, protestierten am 30. November 2004 erneut Studierende und SchülerInnen gegen die Überreichung eines von Nestlé finanzierten Preises. Dem Konzern wurde in diesem Zusammenhang vorgeworfen, durch seine aggressiven Vermarktungsmethoden von Babynahrung am Tod von Säuglingen in sogenannten Entwicklungsländern mitschuldig zu sein.¹⁶

Am Donnerstag, 17. November 2005 protestierten antikapitalistische AktivistInnen gegen eine Konferenzteilnahme von Anne O. Krueger, der damals stellvertretenden Generaldirektorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), an der Universität Innsbruck. Mit einem Banner unter dem Titel „Armut überwinden – IWF abschaffen“ wurde auf die neoliberale Arbeitsweise des IWF und seine Methoden der Kreditvergabe aufmerksam gemacht, die Privatisierungen und Kürzungen von Sozialleistung zum Ergebnis haben.¹⁷



Protest gegen die stellvertretende Generaldirektorin des IWF am 17.11.2005

Die Besetzung des Instituts für Psychologie 2007

Am 24. Jänner 2007 besetzten Studierende Teile des Bruno-Sander-Hauses der Universität Innsbruck. Sie protestierten damit gegen die geplante Übersiedlung des Instituts für Psychologie (und der Erziehungswissenschaften) an den östlichen Stadtrand.¹⁸ Durch die Übersiedlung befürchteten die Studierenden eine erhebliche Verschlechterung der Studienbedingungen.¹⁹ Neben der Besetzung sorgten weitere Protestmaßnahmen dafür, dass eine Arbeitsgruppe gebildet wurde, um Probleme des Umzugs zu diskutieren.²⁰

„Dass nun endlich Institutsmitarbeiter und Studierende in die Planungen miteinbezogen worden sind [, ist; Anm. M. H.] nicht zuletzt auf das Engagement von einer großen Zahl von StudentInnen zurückzuführen, die dem Rektor auf eindrucksvolle Art und Weise demonstrierten, dass sie eine weitere Verschlechterung ihrer Studiensituation nicht kampflös hinnehmen werden.“²¹

Im März 2007 wurde bekannt, dass das Institut für Erziehungswissenschaften nicht umgesiedelt wird.²² 2013 befand sich das Psychologie-Institut jedenfalls immer noch im Bruno-Sander-Haus. Dem Problem der Raumnot, ein Mitgrund der geplanten Übersiedlungen, wurde mittlerweile mit von Protesten begleiteten Zugangsbeschränkungen zum Psychologie-Studium begegnet.



Transparent gegen die geplante Umsiedlung des Psychologie-Instituts, 24.1.2007



Transparent gegen die geplante Umsiedlung des Psychologie-Instituts, 24.1.2007

SchülerInnendemonstrationen im Frühjahr 2009

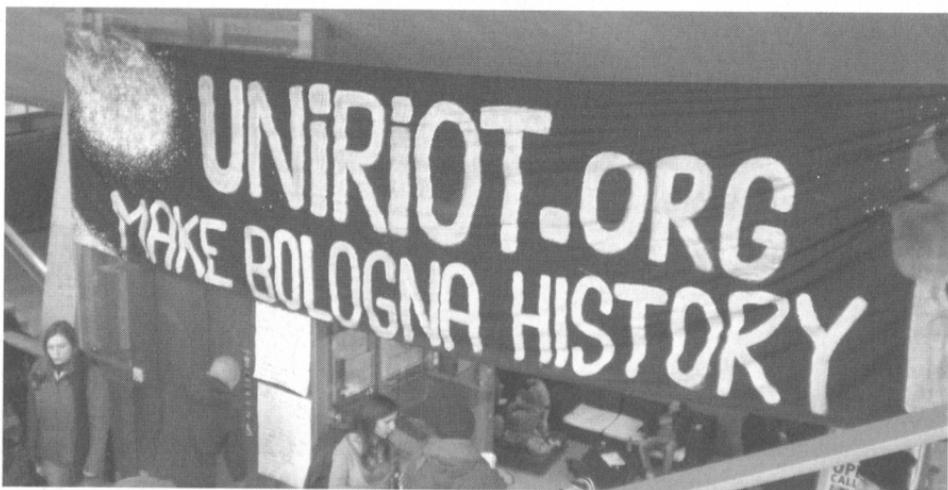
Rund 1.300 SchülerInnen demonstrierten am 20. April 2009 in der Innsbrucker Innenstadt für eine bessere finanzielle Ausstattung des Bildungsbereichs, für die Gesamtschule und für einen offenen Hochschulzugang.²³

Am 24. April waren es 2.500 SchülerInnen, die in der Tiroler Landeshauptstadt gegen die Streichung der damals noch fünf schulautonomen Tage auf die Straße gingen; österreichweit waren es 60.000. Spontan dehnten sich die Aktionen der SchülerInnen in Innsbruck von den bewilligten Kundgebungsorten auf andere Straßenzüge aus.²⁴ Die lokale Presse diskutierte im Anschluss jedoch nicht die Kritikpunkte der SchülerInnen, sondern diffamierte die Proteste als „Saufgelage“²⁵ und die DemonstrantInnen als „Rabauken“²⁶. Schon einen Tag vor den sich abzeichneten Protesten (wahrscheinlich aber nicht ganz unbeeindruckt vom angekündigten Widerstand) wurde ein Kompromiss zwischen SchülerInnen, LehrerInnen und der Gewerkschaft verhandelt: Zwei der schulautonomen Tage blieben erhalten, drei wurden trotz Widerständen gestrichen.²⁷

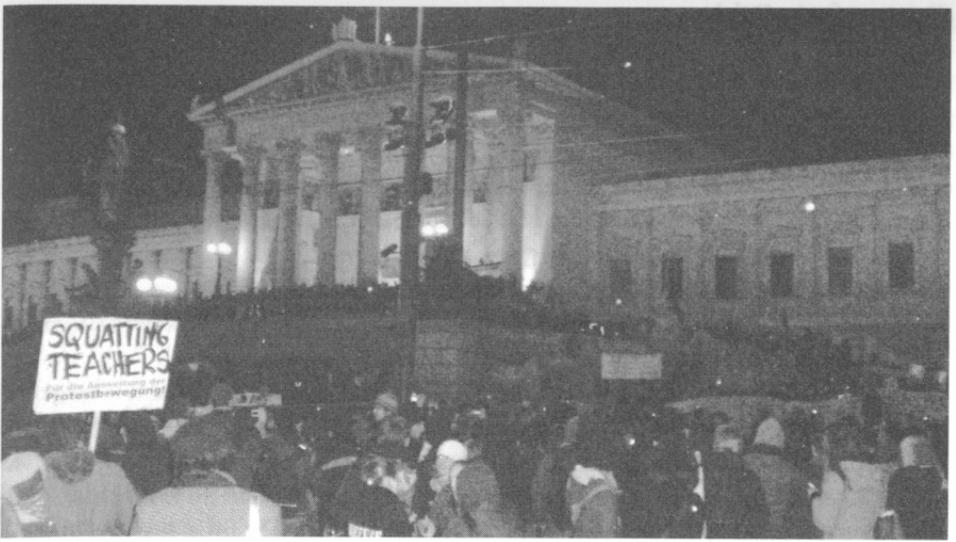
Unibrennt 2009/2010: Beweggründe und Folgen

Im Herbst 2009 entwickelte sich von Österreich ausgehend eine der größten, sich global ausbreitenden bildungspolitischen Mobilisierungen der letzten Jahrzehnte: die unibrennt-Bewegung. Auch in Innsbruck traten studentische AktivistInnen für eine Verbesserung universitärer Bedingungen ein und besetzten monatelang die Aula der SoWi.²⁸ Drei Elemente sind für die Konstitution dieser Bewegung auszu-

- *Erstens* ging den Aktionen der unbrennt-Bewegung eine Phase voraus, in der deutlich wurde, dass ein Studium keine Sicherheit auf einen Arbeitsplatz (mehr) bedeutet. Damit ist die Bewegung einerseits auf die offensichtlich werdende Prekarisierung von AkademikerInnen zurückzuführen.
- *Zweitens* führte erst die Tatsache der unbrennt-Bewegung vorangehender (auch internationaler) Proteste zu ihrer Entstehung: So ist die unbrennt-Bewegung andererseits als Spätfolge der Kritik am entdemokratisierenden UG 02 sowie der Dynamik der Bewegung gegen die ÖVP/FPÖ Regierung, als auch der globalisierungskritischen Bewegung zu interpretieren. Zeitlich nahe liegend ist eine Verbindung zu anderen Protesten im österreichischen Bildungswesen anzuführen, etwa zu den Aktionen österreichischer KindergärtnerInnen im Frühjahr 2009²⁹ oder den Protesten des Wiener Netzwerks emanzipatorische Bildung im selben Zeitraum.³⁰
- *Drittens* kann als endgültiger Auslöser der Bewegung – *so meine These* – die Tatsache angeführt werden, dass im Herbst 2009 die nationale Umsetzung der Bologna-Reform für die meisten Studierenden spürbar wurde: zunehmende Verschulung des Studiums, Einschränkung der freien Wahlfächer und vermehrte Wettbewerbsorientierung etc. Gleichzeitig war vielen Studierenden aber noch die Studienorganisation vor der 1999 getroffenen Bologna-Vereinbarung bekannt, eine ansehnliche Zahl studierte noch in den „alten“ Diplomstudienordnungen. Ihnen drohte ein Wechsel in die Bologna-Studienpläne. Dadurch wurde deutlich, welche negativen Auswirkungen die Österreich-spezifische Implementierung des Bologna-Abkommens auf den jeweiligen Studiengang hat und welche Einschränkungen sie bewirken würde. Somit ist die unbrennt-Bewegung als *verspätete Anti-Bologna Bewegung* zu interpretieren, die sich nur in einem spezifischen Zeitfenster von Arbeitsplatzunsicherheit und vorangehenden Protestbewegungen konstituieren konnte.



Studentischer Gegengipfel gegen die 10-Jahres-Jubiläumskonferenz des Bologna-Prozesses, 11.–12.3.2010, Wien



Demonstration gegen die 10-Jahres-Jubiläumskonferenz des Bologna-Prozesses, 11.3.2010, Wien

Die Unibrennt-Bewegung erreichte nur wenige Verbesserungen. In Folge des Abflauens der Bewegung im Jahr 2010 wurde deutlich, dass das Handeln von Politik und anderen Herrschaftsinstitutionen zunehmend von Revanchismus gegenüber dem monatelangem Aufbegehren der Studierenden geprägt war: So wurde ein primär Studierende betreffendes Gesetz verabschiedet, die Familienbeihilfe nur mehr bis 24 Jahren anstatt bisher bis 26 auszubezahlen;³¹ Ende Juli 2011 wurde bekannt, dass die als kritisch bekannte Studienrichtung Internationale Entwicklung (IE) in Wien, nur mehr im Master studierbar ist³² und im Kontext der Unibrennt-Bewegung Aktive wurden mit fadenscheinigen Begründungen unter Terrorverdacht gestellt. Im Oktober 2012 kam es zu rechtskräftigen Freisprüchen.³³

In Innsbruck ist geplant, Unibrennt AktivistInnen zur Verfügung gestellte Räumlichkeiten aufgrund von Umbaumaßnahmen im Herbst 2013 einer anderen Verwendung zuzuführen.³⁴

Ein letztes Aufbegehren

Für den 6. Dezember 2012 wurde aus Kritik an den universitären Verhältnissen zu weiteren Demonstrationen aufgerufen. „Protestiert wurde gegen Zugangsbeschränkungen für weitere 44 Studien, Studiengebühren für Studierende, die über die Toleranzzeit sind (363 Euro), doppelte Gebühren für Nicht-EU-BürgerInnen (726 Euro) und nicht tragbare Umstände an den Universitäten wie überfüllte Seminare, nicht nachbesetzte Professuren oder mangelnde Praktikums- und Laborplätze.“³⁵ In Innsbruck wurde mit 500 DemonstrantInnen gerechnet, beteiligt haben sich letztlich 50 Personen.³⁶ Auch österreichweit war die Teilnahme an den Protesten gering.

Protestfreie Bildung

Die Gründe für die Proteste 2012 zeigen, dass die Verhältnisse an den österreichischen Universitäten nach wie vor im Argen liegen. Jedoch verweist die geringe Beteiligung darauf, dass Proteste für die Verbesserung von Bildungsbedingungen mittlerweile auf wenig Unterstützung bei den Betroffenen selbst stoßen. Gründe hierfür sind in den Entwicklungen der letzten Jahre und deren nachhaltiger Wirkung zu finden:

- *Erstens* haben vergangene Protestaktionen in den wenigsten Fällen zu Änderungen geführt, warum sollten dann neuerliche Ziel führend sein?
- *Zweitens* haben bisherige Universitätsreformen wie das UG 02 dazu beigetragen, dass Ansätze von Mitbestimmung und kritischer Bildung, die Protest und Kritikfähigkeit als Bildung begreifen, aus der Uni verdrängt wurden.
- *Drittens* hat die nationale Umsetzung der Bologna-Struktur bewirkt, dass Studierende unter großem zeitlichen Druck stehen, um ihr Studium fristgerecht abschließen zu können – Zeit für Protest soll in dieser Logik keine bleiben.
- *Viertens* hat die gegenwärtige kapitalistische Ideologie und Realität dazu geführt, dass sich Menschen nicht mehr kollektiven Gruppen zugehörig wahrnehmen, sondern als EinzelkämpferInnen, die dem neoliberalen Duktus entsprechend nur individuell und im Sinne der Ellbogengesellschaft für die Verbesserungen ihrer eigenen Lage eintreten. Der Kommilitone wird dabei nicht mehr als der „Mitstreiter“, was der Begriff ursprünglich meint, wahrgenommen, sondern als Konkurrenzsubjekt, das einem etwas wegnehmen könnte.
- *Fünftens* haben sich wissenschaftstheoretische Richtungen und zeitgeistige Ideologien auch in den Hochschulen durchgesetzt, die individualisierende Tendenzen als gegeben interpretieren und diesen nicht mit Kritik begegnen.

Die Betrachtung der vergangenen Protestperiode macht deutlich, dass – sofern Protest im Bildungsbereich organisiert wurde – Studierende oftmals maßgeblich beteiligt waren. In einigen Fällen gingen Aktionen auch von SchülerInnen aus oder diese solidarisieren sich mit den StudentInnen, da sie selbst, sofern sie zukünftig eine Uni besuchen, von den kritisierten Bedingungen betroffen sein werden. Von LehrerInnenseite war in der Vergangenheit kaum mit Protest zu rechnen. Meist endete deren Aufbegehren in den Anweisungen der jeweiligen Vorgesetzten, der Partei, der sie sich zugehörig fühlen oder der von der ÖVP dominierten Gewerkschaft Öffentlicher Dienst.

Die Tatsache, dass selbst die Hochschulen – an denen bislang das Hauptpotential für Protest im Bildungsbereich vorhanden war – zunehmend von einer Protestfreiheit der Bildung geprägt sind, ist zentraler Beleg für die *These*, dass in Österreich mittelfristig nicht mit weiteren, umfassenden und vor allem auch radikalen Protesten im Bildungsbereich zu rechnen ist.

Spätestens Ende 2012 wird damit deutlich, dass das Bildungswesen „befriedet“ ist: Protest und Widerständigkeit sind am Versiegen und es setzt(e) sich eine zunehmende – von der kapitalistischen Logik beabsichtigte und den herrschenden

politischen Parteien exekutierte – Protestfreiheit und Anpasstheit von Bildung durch.

Dass das Bildungswesen gegenwärtig nicht gänzlich protestfrei ist und wohl auch nie sein wird, beweisen gewerkschaftliche Streikdrohungen oder auch das Engagement in der Tiroler Gemeinde Wörgl. Dort setzten sich im Sommer 2013 türkischstämmige Eltern gegen eine Ghettoisierung ihrer Kinder in sogenannten Sprachstartklassen zur Wehr.³⁷ Ein unbedingt notwendiger Akt, jedoch in Anbetracht der Ideologie der Protestfreiheit, des Konformitätszwangs und der Verdummung³⁸, die innerhalb des Bildungswesens (und durch dieses) betrieben wird, ein kleines Zündholz, das – so ist zu hoffen – nur ein Vorbote eines Flächenbrandes ist.

Bildung als Bewusstwerdung: Eine Perspektive?

Der Bildungstheoretiker Heinz-Joachim Heydorn bestimmt die Entstehung des Bildungsbegriffs – nicht wortwörtlich, sondern seinem Inhalt nach – als eine während der griechischen Aufklärung und im Zuge der Entstehung der Philosophie³⁹ (etwa ab 600 v. Chr.) aufkommende Tendenz der Befreiung sowie der Ablösung vom (religiösen) Mythos. Damit einhergehende Aufstände gegen die Herrschaft des Adels wurden zwar niedergeworfen, jedoch war dieses Aufbegehren für Heydorn „ein erster Versuch des Bewusstseins, seiner selbst habhaft zu werden“.⁴⁰ Bildung, als Versuch einer solchen Halbhaftwerdung kann damit als menschliche Selbstentdeckung und Bewusstwerdung unter dem Gesetz von Ausbeutung und Entfremdung⁴¹ interpretiert werden.

Dieses grundsätzlich revolutionäre Denken von Bildung als Erkennen gesellschaftlicher Verhältnisses ist gegenwärtig, sofern überhaupt, nur mehr als leere Hülse vorhanden. Selbst die jüngsten Protestbewegungen zeigten, dass Bildung vielfach nur in einem engen und angepassten Sinne – im Rahmen der Bildungsinstitutionen – interpretiert wurde. Ihre Eingebundenheit in allgemeine Herrschaftsverhältnisse blieb wiederholt unanalysiert. Genau diese allzu oft fehlende Analyse gilt es als Perspektive von Bildung (wieder) zu entdecken. Nicht nur um gegen Studiengebühren oder für die Erhöhung des Bildungsbudgets einzutreten, sondern um ein Verständnis über die Konstitution der kapitalistischen Gesellschaft und daraus eine Perspektive von Bildung und Protest mit der Zielsetzung gesellschaftlicher Veränderungen zu entwickeln.

Anmerkungen

- 1 O. A.: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH, in: Österreichische HochschülerInnenschaft (Hg.): Progress: Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft, 60 Jahre ÖH, Sondernummer 2 (2006-A), S: 44–52, hier S. 44.
- 2 O. A.: Widerstand gegen Schwarz-Blau, in: KV Grauzone (Hg.): IBK darf nicht Klagenfurt werden, Nr. 5, Innsbruck März 2000, o. S.
- 3 Europäischer Wirtschaftsraum.
- 4 O. A.: Gegenreform an der Uni und linker Erdrutsch in der ÖH, S. 44.
- 5 Ebd.: S. 45.

- 6 Resolution des Protestkomitees gegen das Universitätsgesetz 2002 und des Präsidiums der UniversitätInnenvereinigung an der Universität Innsbruck, Innsbruck 30.9.2002.
- 7 Ludwig Call: Flugblatt zum Warnstreik, Innsbruck April 2002.
- 8 Robert Foltin: Bewegungen der Studierenden in Österreich, in: Plattform MASSENUNI (Hg.): Jenseits von Humboldt, Von der Kritik der Universität zur globalen Solidarischen Ökonomie des Wissens, Wien 2009, S. 34–38, hier S. 35.
- 9 Herbert Gasparin/Reinhard Senfter: Glücklich ist, wer vergisst, was doch nicht zu ändern ist? Wundersame Geschichte des Widerstandes gegen eine ministerielle Verordnung an Tiroler Schulen, in: Lisa Gensluckner/Horst Schreiber/Ingrid Tschugg u. a. (Hg.): Gegenwind. Gaismair-Jahrbuch 2004, Innsbruck 2003, S. 94–108, hier S. 94.
- 10 Christian Schwaiger: Die Protestbewegung 2003. Rück- und Ausblick, in: TLInitiativ 4 (2004), Innsbruck, S. 4–6, hier S. 5.
- 11 C.: Mit Trillerpfeifen für freie Bildung und Mitbestimmung, 16.10.2003, Innsbruck: http://www.uibk.ac.at/ipoint/news/uni_und_gesellschaft/20031016.html (Zugriff 10.8.2013).
- 12 Martin Haselwanter: „Make Capitalism History!“ Die Proteste gegen den G8-Gipfel (Heiligendamm 2007): Auf dem Weg in eine „andere Welt“?, in: Projektgruppe Zivilisationspolitik: Aufbruch aus dem Patriarchat – Wege in eine neue Zivilisation? Frankfurt am Main 2009, S. 377–435, hier S. 392f.
- 13 Das GATS-Abkommen (General Agreement on Trade in Services) der WTO (Welthandelsorganisation) verfolgt das Ziel, Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Wasser etc.) dem freien Markt und dadurch den profitorientierten Interessen von Unternehmen und Konzernen zugänglich zu machen.
- 14 Innsbrucker Protestkomitee gegen UG02 unter Verwendung eines Beitrages von Claudia von Werlhof: Aufruf zur Unterschriftensammlung in ganz Österreich: „UG 2002: Nicht in meinem Namen!“, o. J., Innsbruck, <http://homepage.uibk.ac.at/~c61710/aufruf.pdf> (Zugriff 15.8.2013).
- 15 O. A.: Noescape profits above, Good Life. Flugblatt, o. O., o. J.
- 16 Die NEUE, 30.11.2004, S. 7.
- 17 Protest gegen IWF in Innsbruck, 18.11.2005, o. O., <http://204.13.164.106/newswire/display/54736/index.html> (Zugriff 12.8.2013).
- 18 orf.at, 24.1.2007, <http://tirv1.orf.at/stories/166871> (Zugriff 20.7.2013).
- 19 derstandard.at, 8.3.2007, <http://derstandard.at/2746657> (Zugriff 10.8.2013).
- 20 Pressemitteilung. Erste Protestaktion durchgeführt // Falschmeldung des Rektorats, 26.1.2007, Innsbruck, <http://www.psychologieforum.info/cms/viewtopic.php?t=3212> (Zugriff 31.3.2009).
- 21 Ebd.
- 22 OPIA IBK, 22.3.2007, o. O., http://www.ibk.opia.at/on/forum_thread.php?Anfangsposition=40&board_id=46&tid=47 (Zugriff 10.8.2013).
- 23 Stadtblatt, 22.4.2009, S. 26.
- 24 Rund 2.500 bei Schüler-Protest in Innsbruck, o. J., o. O., <http://www.vero-online.info/news.php?m=single&id=1627> (Zugriff 10.8.2013).
- 25 Stadtblatt, 5.1.2010, S. 13.
- 26 Kronen Zeitung, 25.4.2009, S. 14.
- 27 Reflexion des Schülerstreiks am 14.4.209, 25.4.2013, o. O., <http://at.indymedia.org/node/14247> (Zugriff 13.8.2013).
- 28 Martin Haselwanter: Die „Uni brennt“ – auch in Innsbruck!?, in: Alexandra Weiss/Lisa Gensluckner/Martin, Haselwanter u. a. (Hg.): in bewegung. Gaismair-Jahrbuch 2011, Innsbruck 2010, S. 44–52.
- 29 Vergangene Aktionen, o. J., o. O., http://www.kindergartenaufstand.at/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=8&Itemid=9 (Zugriff 12.8.2013).
- 30 Robert Foltin: Und wir bewegen uns noch. Zur jüngeren Geschichte sozialer Bewegungen in Österreich, Wien 2011, S. 190.
- 31 Ebd. S. 200.
- 32 Chronologie der Ereignisse, o. J., Wien, <http://ie.univie.ac.at/das-institut/geschichte/chronik/> (Zugriff 15.8.2013).
- 33 Freispruch für die AMS 4 ist rechtskräftig – farce nach über zwei Jahren beendet, 23.8.2012, o. O., <http://kaleidoskop.kukuma.org/2012/10/23/freispruch-fur-die-ams-4-ist-rechtskraeftig-farce-nach-uber-zwei-jahren-bendet/> (Zugriff 14.8.2013).

- 34 Protokoll Jour fixe Rektorat – Studierende, 26.6.2013, Innsbruck, http://www.uibk.ac.at/vis/mail/2013-06-26_Protokoll.pdf (Zugriff 10.8.2013).
- 35 Stadtblatt Innsbruck, 12./13.12.2013, S. 12.
- 36 Ebd.
- 37 tt.com, 2.7.2013, <http://www.tt.com/Tirol/6813469-2/aufstand-der-eltern-gegen-sprachklasse.csp> (Zugriff 10.8.2013).
- 38 Bildung. Plädoyer wider die Verdummung, o. O., 9/2009, <http://www.uni-marburg.de/fb21/aktuelles/news/studiumgenerale/11.4.12.pdf>, (Zugriff 19.12.2012).
- 39 Gernot Koneffke: Die verzwickte Domestikation der Autonomie. Heydorn weitergedacht, in: Carsten Bünger/Peter Euler/Andreas Gruschka u. a. (Hg.): Heydorn lesen! Herausforderungen kritischer Bildungstheorie, Paderborn 2009, S. 215–230, hier S. 215.
- 40 Heinz-Joachim Heydorn: Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft. Bildungstheoretische Schriften 2, Frankfurt am Main 1979, S. 11.
- 41 Ebd. S. 20.